

1414 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Bericht des Finanzausschusses

über die Regierungsvorlage (1135 der Beilagen): Vorgeschlagene Änderungen zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (4. Juni 1954)

Das Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (BGBl. Nr. 131/1956 in der Fassung BGBl. Nr. 248/1985) wurde von Österreich unter dem Vorbehalt der Ratifikation am 4. Juni 1954 in New York unterzeichnet und ist am 15. Dezember 1957 in Kraft treten.

Der von Italien am 11. November 1991 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen eingebrachte Vorschlag auf Änderung des Abkommens zielt vorrangig darauf ab, regionalen Organisationen zur wirtschaftlichen Integration (Zoll- und Wirtschaftsunionen wie zB EWG) die Möglichkeit zu eröffnen, Vertragspartei des Abkommens zu werden. Den in der Praxis gewonnenen Erfahrungen entsprechend wurde das Carnet des passages en douane der Anlage 1 zum Abkommen neu gestaltet und das seit Jahren nicht mehr in Verwendung stehende Zollpapier Diptyk aus Anlage 3 zum Abkommen ersatzlos gestrichen. Weitere Änderungen dienen lediglich der sprachlichen Verbesserung des Abkommenstextes.

Die gegenständlichen Änderungen des Abkommens haben nicht politischen Charakter und enthalten keine verfassungsändernden Bestimmungen. Sie sind der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß die Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist.

Der Finanzausschuß hat den erwähnten Staatsvertrag in seiner Sitzung am 10. Dezember 1993 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Mag. Erich Schreiner und Dr. Ewald Nowotny sowie der Bundesminister für Finanzen Dipl.-Kfm. Ferdinand Lacin a das Wort.

Bei der Abstimmung wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, den Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages zu genehmigen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanzausschuß somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen: Der Abschluß des Staatsvertrages: Vorgeschlagene Änderungen zum Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (4. Juni 1954) (1135 der Beilagen) wird genehmigt.

Wien, 1993 12 10

Josef Straßberger
Berichterstatter

Dr. Ewald Nowotny
Obmann